

SPD-Fraktion Dresden
Dr.-Külz-Ring 19
01067 Dresden

Telefon: 0351 488 1020
E-Mail: <a href="mailto:spd-fraktion@dresden.de">spd-fraktion@dresden.de</a>
Web: www.spd-fraktion-dresden.de

9. August 2022

## Ihr Entwurf für eine Vereinbarung "Im Dialog für Dresden – Ziele für unsere Stadt"

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, lieber Herr Hilbert,

ich möchte auf diesem Wege nochmals ganz ausdrücklich im Namen meiner Fraktion begrüßen, dass Sie mit Ihrem Entwurf einer gemeinsamen Vereinbarung einen neuen Stil in Ihrer Arbeit ankündigen und sich als Oberbürgermeister zukünftig auch selbst um Gespräche und politische Mehrheiten zu zentralen kommunalen Fragen bemühen wollen. Das haben wir in den vergangenen sieben Jahren vermisst.

Da es aber auch heute im Termin mit den Fraktionsvorsitzenden von CDU, GRÜNEN, LINKEN, FDP, SPD und Ihnen einfach nicht möglich war, endlich mal gemeinsam nicht zuerst über Personen oder Strukturen sondern wirklich gemeinsam über Inhalte zu sprechen, möchte ich Ihnen wie vereinbart schriftlich die inhaltlichen Rückmeldungen der SPD-Fraktion zu Ihrem Vereinbarungsentwurf zukommen lassen. Ich hatte ja bereits sowohl in unserem Telefongespräch als auch in der Mail gemeinsam mit den Fraktionsvorsitzenden von CDU, GRÜNEN und LINKEN zum Ausdruck gebracht, dass eine solche Auftaktvereinbarung für eine "gemeinsame Plattform", wie Sie es nennen, auch gemeinsam entwickelt werden muss und nicht einseitig von Ihnen verfasst und von uns unterschrieben sein kann. Nur in einem wirklichen Dialog von Anfang an kann sich der Prozess der kooperativen, sachlichen und zukunftsorientierten Zusammenarbeit von Ratsfraktionen und Oberbürgermeister tatsächlich entwickeln.

Ich bitte um Verständnis, dass dies noch nicht der abschließende und vollständige Diskussionsstand der Rückmeldungen meiner Fraktion ist. Die Übermittlung Ihrerseits vor 12 Tagen mitten in der Sommerpause macht die ausführliche Diskussion mit der gesamten Fraktion zu einer Herausforderung, der wir uns trotzdem intensiv gestellt haben und weiter stellen.

Aus Sicht meiner Fraktion müssen derzeit mindestens die folgenden Punkte ergänzt, korrigiert oder geändert werden:

# Inhalt vor Struktur vor Personen

1. Ihrer Darstellung folgend, dass es zuerst um Inhalte, dann um Strukturen und dann um Personen gehe, ist es inkonsistent und nach außen nicht vermittelbar, dass das Dokument mit dem ersten großen, kursiv gesetzten Absatz zur Wahl von Beigeordneten beginnt. Dies führt die von meiner Fraktion ganz klar vertretene Priorität Sachfragen vor Personalfragen ad absurdum. Dieser Absatz kann entweder komplett gestrichen oder muss zumindest ans Ende verlagert werden.

2. Dies gilt auch für den Absatz "Geschäftsbereiche und Verteilung", ebenfalls Seite 1. In diesem wird ein Verweis auf die Anlage vorgenommen. Diese muss entweder durch eine noch zu entwickelnde, tatsächlich gemeinsam getragene Geschäftsbereichsstruktur ersetzt werden oder entfallen. Weder Sie als Person des Oberbürgermeisters noch die Fraktionen von CDU, GRÜNEN, LINKEN und SPD können hier einseitig auf der eigenen Position beharren. Jedoch sollte es keinen zwingenden zeitlichen Zusammenhang zwischen inhaltlicher Vereinbarung und Geschäftsbereichszuschnitten und Verteilung geben. Es muss im Dresdner Stadtrat im Vordergrund stehen, beides unabhängig voneinander miteinander voranbringen zu können.

## Prioritäten und mittel- bis langfristige Ziele

- 3. Diesem Teil fehlt ein zentraler Aspekt: Die Ziele der sozialen Stadt. Hier unser Vorschlag, einzufügen am besten auf Seite 2 nach Klimagerechtigkeit und Energiesicherheit und vor zukunftsfähiger Wohnstandort. Wir nennen hier nur ein ausgewähltes Thema, welches bereits auf einem Stadtratsbeschluss fußt, gern können andere Maßnahmen unter "soziale Stadt" ergänzt werden:

  Damit Dresden eine lebenswerte und soziale Stadt für alle ist, die hier leben, benötigt es gerade in
  - den herausfordernden Zeiten von weltweiter Pandemie und globaler Kriegsbedrohung großer Anstrengungen. Um besondere Härten der aktuellen Krisen abzufedern, wird die soziale Unterstützung für bedürftige Menschen in Dresden in den nächsten Jahren ausgebaut. Dafür wird die Förderung freier Träger im Bereich des Sozial- und Gesundheitsamtes mit den kommenden Haushalten erhöht. Insbesondere der Beschluss V0813/21 zum Ausbau der Seniorenarbeit und Altenhilfe wird konsequent umgesetzt.
- 4. Wir begrüßen außerordentlich, dass Sie dem Thema der exzellenten Bildung einen so prominenten Platz einräumen im letzten Absatz auf Seite 1. Allerdings fehlt ein klares Bekenntnis, dass es nicht nur um exzellente Bildung, sondern vor allem um Bildung für alle geht. Hier braucht es mehr Mut statt weiter so. Deshalb muss her auch ein mutiger neuer Weg aufgezeigt werden, weshalb an diesem Absatz anschließend ergänzt werden soll (auch hier sind weitere Maßnahmen denkbar):

Nach dem überwältigenden Erfolg der ersten beiden Dresdner Gemeinschaftsschulen im Dresdner Süden und der Neustadt wollen wir bis zur Kommunalwahl 2024 gemeinsam drei weitere Gemeinschaftsschulen, davon je eine im Dresdner Osten und im Dresdner Westen an den Start bringen, bis zum Ende der Wahlperiode des Oberbürgermeisters 2029 insgesamt weitere 5.

5. Das Thema **weltoffene Stadt** begrenzen Sie leider auf Willkommenskultur für eine wachstumsstarke Wirtschaft. Das ist uns zu wenig, dieses Thema gehört sehr viel deutlicher bereits in den Absatz "aktive Bürgerschaft". Deshalb sollte dieser Absatz beginnen mit einem vorbehaltlosen Bekenntnis:

Die Dresdner Bürgerschaft besteht für uns aus allen Menschen, die hier leben, auch jenen, die hier Schutz suchen, eine neue Heimat oder nur eine vorübergehende Lebensstation. Dresden hat...

Vor dem Satz zum Ausbau der Kultur- und Nachbarschaftszentrum muss, um dieser Verbindung wieder aufzugreifen eingefügt werden:

Für eine funktionierende Nachbarschaft und aktives Stadtteilleben wollen wir soziale Integration in den Stadtteilen, die Stadtteilkultur und Begegnung fördern. Der Ausbau der...

Und last but not least gilt es am Ende zu ergänzen:

- ...Ausbau der Integrationsarbeit und des gemeinsamen Kampfes gegen antidemokratische, antipluralistische und menschenfeindliche Entwicklungen.
- 6. Die SPD-Fraktion hat die Privilegierung der kleinen bevölkerungszahlarmen Ortschaften gegenüber den bevölkerungszahlreichen großen Stadtbezirken immer abgelehnt. Absatz 3 auf Seite 2 ist daher nicht schlüssig. Weil die Einführung der Budgets für die Stadtbezirksbeiräte (nicht in den Stadtbezirksämtern!) ein uneingeschränktes Erfolgsmodell sei, bekennen sich die Unterzeichnenden zum Erhalt der Ortschaften in ihrer jetzigen Form? Das ist so für uns auch nicht zu unterzeichnen. Nur unter der Maßgabe, dass die Stadtbezirksbeiräte den Ortschaftsräten unter voller Ausnutzung der gesetzlichen Möglichkeiten und vor allem finanziell gleichgestellt werden (gleiche Rechte, gleiches Geld) wäre eine derartige Bestandsgarantie für uns unterschreibbar.

Zivilgesellschaftliches Engagement und demokratischer Gestaltungswille zeigen sich gerade in Dresden in den Stadt<u>bezirken</u> und Ortschaften. Die Einführung von eigenen Budgets in den Stadtbezirksämtern kann uneingeschränkt als Erfolgsmodell gesehen werden. Die UnterzeichnerInnen bekennen sich daher zur Stadtbezirksverfassung und werden unter voller Ausnutzung der gesetzlichen Möglichkeiten die Rechte und vor allem auch die finanzielle Ausstattung der Stadtbezirksbeiräte denen der Ortschafträte gleichstellen. Nur so kann dauerhaft ein gleichberechtigter Erhalt der Ortschaften und Stadtbezirke garantiert werden.

7. Zur Klimagerechtigkeit und Energiesicherheit gehört auch, Mobilität alltagstauglich und umweltschonend zu organisieren. Dabei dürfen Bedürfnisse nicht gegeneinander ausgespielt werden. Eine einseitige Betonung von Rad- und Fußwegen ohne grundlegendes Bekenntnis zu Beschleunigung und Ausbau des ÖPNV können wir nicht unterzeichnen. Deshalb ist an diesem Absatz auf Seite 2 zu ergänzen:

...Radvorrangrouten in der Stadt verfolgt. Gemeinsam mit den Dresdner Verkehrsbetrieben werden wir zielstrebig an der Beschleunigung und dem Ausbau des ÖPNV arbeiten. Wir sorgen gemeinsam für die Ausfinanzierung und Umsetzung des Ausbauszenarios der DVB. Zum Beispiel prüfen wir die Anbindung von Industrieansiedlungen wie Bosch und Global Foundries durch die Verlängerung der Linie 8, realisieren zügig die Stadtbahn 2020 und die Verbindung von Plauen in die Johannstadt durch die Linie 5 und bauen P+R und Sharing-Angebote aus.

Die Benennung von Klimagerechtigkeit und Energiesicherheit als zentrale Schwerpunkte begrüßen wir außerordentlich. Aus unserer Sicht ist es aber unerlässlich, auch die Rolle der SachsenEnergie als kommunales Unternehmen in diesem Prozess zu unterstreichen, um die Abhängigkeit Dresdens von fossilen Energieträgern schnell zu mindern. Zudem muss – sollte darauf keine Einigung erfolgen – zunächst auf die Benennung eines Geschäftsbereichs Wirtschaft und Umwelt verzichtet werden. Unser Vorschlag:

"...die Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes unter Federführung des <u>zuständigen</u> Geschäftsbereichs <u>für</u> Umwelt, die gemeinschaftliche Entwicklung und Umsetzung eines Maßnahmeplans zur Dekarbonisierung der Energieversorgung durch die SachsenEnergie sowie ...".

8. Der Absatz zum Thema **zukunftsfähiger Wohnstandort** braucht zwingend eine Präzisierung dahingehend, dass mit den 400 Standorten für Einfamilienhäuser pro Jahr vorrangig Lückenschlüsse, aber keine großflächigen neuen Baugebiete in den Ortschaften im Widerspruch zum INSEK und dem Flächennutzungsplan gemeint sind. Außerdem muss klargestellt werden, wie Flächennutzungskonflikte zwischen Ansprüchen verstärkter Wohnbebauung und der zwei Absätze weiter folgenden Flächenbedarfe für Gewerbe- und Wissenschaftsentwicklung in diesem Papier vermieden werden sollen und gleichzeitig nicht immer mehr kulturelle Orte, Freiräume und kleine grüne Stadtteilinseln verschwinden. Hier braucht es eine ausgewogenere Formulierung, keine einseitige Privilegierung von Einfamilienhausstandorten.

Darüber hinaus darf auch das Themenfeld Wohnen nicht hinter die schon getroffenen Stadtratsbeschlüsse zurückfallen. Deshalb muss der erste Satz entsprechend ergänzt werden:

Zu diesem Zweck werden die Unterzeichnenden auch den Ankauf entsprechender Wohnungsbestände der VONOVIA vorantreiben. Zudem müssen bezahlbare Wohnungen vorrangig dort gebaut werden, wo die Mietpreisentwicklung bereits Menschen mit kleinem und mittleren Einkommen verdrängt. Dabei binden wir überall konsequent gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen wie die kommunale WiD und die Genossenschaften ein.

Zudem sind wir gern bereit, die Erstellung und Umsetzung <u>eines</u> Masterplanes Prohlis <u>als Muster</u> <u>für weitere sozial benachteilige Stadtteile</u> zu unterstützen. Was bisher zu "dem" Masterplan Prohlis vorliegt, hat nicht überzeugt und nur mit dem Kümmern um Prohlis ist es in Dresden nicht getan.

- 9. Der Absatz zur Zukunftsstrategie "Städtisches Klinikum" kann mit dem so dort stehenden ersten Satz nicht unterzeichnet werden. Keine der hier beteiligten fünf Fraktionen hat im Stadtrat "dem" Zukunftskonzept uneingeschränkt zugestimmt.

  Die Umsetzung eines im Sinne des Stadtratsbeschlusses zu V0817/21 angepassten und weiterentwickelten Zukunftskonzeptes für die medizinstrategische und bauliche Entwicklung des Städtischen Klinikums unter Sicherung der medizinischen Versorgung auf rechtselbischer Seite u.a. durch eine stationäre Grundversorgung am Standort Trachau wird vorbehaltlich der entsprechenden Stadtratsbeschlüsse mitgetragen und begleitet.
- 10. Dresden ist der einzige ostdeutsche Standort einer Exzellenzuniversität im DRESDEN-Concept-Verbund exzellenter Wissenschafts- und Kultureinrichtungen. Die Stadt Dresden muss endlich erkennen und klar bekennen, dass die Wissenschaftsexzellenz nicht reines Anhängsel von wachstumsstarker Wirtschaft ist. Dieses Thema verdient einen eigenen Absatz und ein zentrales Bekenntnis verbunden mit entsprechenden Maßnahmen vor dem Thema der wachstumsstarken Wirtschaft. Vorschlag:

Die Unterzeichnenden bekennen sich gemeinsam zur Unterstützung der Exzellenzuniversität Dresden und der exzellenten Wissenschafts- und Kultureinrichtungen im DRESDEN-concept-Verbund. Forschung, Lehre, aber auch die Vielzahl an Arbeitsplätzen hier fördern wir, indem die Landeshauptstadt diese stets als wichtige Akteur:innen mitdenkt und sie beispielsweise an Gesprächen über Unternehmensansiedlungen oder eine umweltschonende Verkehrspolitik

beteiligt. Die Image(be)werbung im Stadtmarketing erweitern wir von historischer Größe, kurfürstlichen Sammlungen, Parks und Schlössern hin zu Zukunft, Innovation, Unternehmergeist einer sichtbaren Wissenschaftsexzellenz. Auch hierfür sichern wir Freiflächen und Infrastruktur für Erweiterungen und Neuansiedlungen. Und wir holen Wissenschaft zum Anfassen und Mitmachen in die Stadtteile, städtische Einrichtungen, Museen, Rathäuser u.ä. Gemeinsam mit der TU Dresden zeigen wir, dass die Zukunft multikulturell, weltoffen, friedenbewahrend und demokratieschützend ist.

Mit einer derartigen Ergänzung sind für die SPD-Fraktion auch die etwas oberflächlich verharrenden Absätze zur Wirtschaft und vor allem zum Tourismus akzeptabel.

11. Der erste Absatz auf Seite 3 **Verwaltungsmodernisierung** springt zu kurz. Hier sollte ergänzt werden:

Auch "analog" werden wir die Verwaltung moderner und erreichbarer machen. Mit guten Arbeitsplätzen in der Stadtverwaltung und der zügigen Umsetzung des Personal- und Organisationsentwicklungskonzeptes schaffen wir einen Kulturwandel hin zu einer ermöglichenden Verwaltung. Wir sorgen für effektive Ansprechstrukturen in den Stadtbezirksämtern und den zentralen Veraltungsstandorten.

12. Schuldenfreiheit findet sich in Abschnitt der lang- und mittelfristigen Ziele gleich zweimal. Der letzte Absatz in diesem Teil ist daher komplett entbehrlich und kann gestrichen werden. Schuldenfreiheit (jenseits von der gesetzlichen Verpflichtung) als Ziel wird schon unter dem Punkt wachstumsstarke Wirtschaft thematisiert. Andernfalls muss mindestens geklärt werden, dass wir hier vom städtischen Kernhaushalt und schuldenfinanzierter konsumtiver Ausgaben sprechen. Zukunftsinvestitionen dürfen keinem ideologischen Schuldenfreiheitsmantra geopfert werden, sondern müssen im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung verantwortungsbewusst getätigt werden.

### Fehlerkorrekturen und Konkretisierungen in den kurzfristigen Zielen

- 13. Erster Anstrich: Dass die Revitalisierung des Fernsehturms bei den kurzfristigen Zielen an erster Stelle genannt wird, nehmen wir mit Unverständnis zur Kenntnis. Allerdings muss zur Unterzeichnungsfähigkeit der zweite Satz gestrichen werden oder allgemein und deutlicher formuliert über alle Anstriche gestellt werden:

  Die Unterzeichnenden erwarten vom Oberbürgermeister und den Beigeordneten, dass Stadtratsbeschlüsse vorbehaltlos und zügig umgesetzt werden.
- 14. Zweiter Anstrich: Siehe Punkt 5, hier muss zwingend ergänzt und korrigiert werden:

  Die Unterzeichnenden bekennen sich dazu, für die Finanzierung des Defizits <u>und der</u>

  <u>Ausbauinvestitionen</u> der Dresdner Verkehrsbetriebe (DVB) eine gemeinsame Linie zu erarbeiten und dieser im Haushalt 2023/24 zu verankern.
- 15. Dritter Anstrich: Hier sollte erwogen werden zu ergänzen:

  Eine Auslagerung der Investition zu einem städtischen Unternehmen ist denkbar, auch zur
  Erweiterung der Finanzierungsmöglichkeiten.

- Vierter Anstrich: Hier müssen auch konkrete Handlungsfelder benannt werden, z.B.
   Flächenstrategie, Energiewende, Verkehr, Wohnraumentwicklung, Tourismus, Marke Region Dresden...)
- 17. Fünfter Anstrich: Hier sollte eine Beteiligung von DRESDEN-concept (siehe Punkt 8) und "Wir gestalten Dresden", dem Branchenverband der Dresdner Kultur- und Kreativwirtschaft erwogen werden. Die Konzeption sollte einen Experimentier- und Freiraum statt eines starren Konzeptes enthalten.
- 18. Vorletzter Anstrich: Hier ist unverständlich, was mit "Umzug des zentralen Bürgerbüros in die City" gemeint sein soll. Die Theaterstraße in Sichtweite des Dresdner Zwingers dürfte "Citylage" eindeutig erfüllen. Sollte damit auch ein Bekenntnis des Oberbürgermeisters zu Punkt 4 des Stadtratsbeschlusses vom 15.07.2022 zur Anmietung für das Amt für Schulen (unverzügliche Vorlage der Beschlussvorlage zum Ordnungsrathaus) gemeint sein, dann sollte das auch so formuliert werden.
- 19. Letzter Anstrich: Eine Marktkonzeption, die insbesondere einen Frischemarkt auf dem Altmarkt beinhaltet, scheint uns so marginal, dass es den vorgelegten Vereinbarungsentwurf nur abzuwerten geeignet ist. Dieser Punkt sollte gestrichen werden.
- 20. Aus Sicht der SPD-Fraktion kann der Gedanke der Verlängerung der Stadtbahn 2020 über die Flügelwegbrücke enthalten bleiben und die Aufnahme ins Ausbauszenario der DVB geprüft werden. Der hier gemeinte Stadtratsbeschluss schließt jedoch nur die Planungen bis zur Nossener Brücke mit ein. Allerdings ist der Status der jeweiligen Beschlussfassung zu den einzelnen Ausbauabschnitten sehr unterschiedlich.

### Wie weiter in der Zukunft, die Schlussformulierung

21. Meine Fraktion wird die Schlussformulierung in dieser Form nicht unterzeichnen. Zunächst steht sie in deutlichem Widerspruch zur Einstiegsformulierung einer dauerhaften gemeinsamen Plattform. Daher sollte und wird es weitere Fortschreibungen ggf. auch Evaluationen bereits vor der Kommunalwahl geben müssen. Außerdem widerspricht die Unterzeichnung einer Vereinbarung durch die aktuellen Fraktionsvorsitzenden mit Geltung bis zum Ende der Wahlperiode des Oberbürgermeisters unserem demokratischen System, da die von den Unterzeichnenden vertretenen Fraktionen sich nach der Kommunalwahl 2024 auflösen. Insofern können sie ebenfalls keine Festlegung für die neu gewählten Fraktionen nach der Kommunalwahl 2024 unterzeichnen.

Wir schlagen daher vor:

Die Unterzeichnenden erkennen diese Vereinbarung als Auftakt und Leitlinie für eine gemeinsame politische Kultur bis zum Ende der Wahlperiode des Stadtrates an. Sie vereinbaren eine mindestens jährliche Fortschreibung und Evaluation einzelner Maßnahmen. Die durch die Unterzeichnenden vertretenen Fraktionen werden in ihren Parteien darauf hinwirken, dass diese Vereinbarung auch über die Kommunalwahl 2024 bis zum Ende der Wahlperiode des Oberbürgermeisters und der jetzt gewählten Beigeordneten anerkannt und nach der Kommunalwahl 2024 gemeinsam mit dem Oberbürgermeister im Rahmen der Fortsetzung der Plattform eine fortgeschriebene Zielvereinbarung vereinbart wird.

Wir freuen uns auf den weiteren Fortgang des Verfahrens und gemeinsame Gespräche über diese und ggf. weitere Punkte.

Wir stehen zu diesem Verfahren, unabhängig von den am Donnerstag anstehenden Beigeordnetenwahlen, präferieren gleichwohl eine mit ausreichend Zeit für Dialog versehene Vorgehensweise beispielsweise parallel zur bevorstehenden Haushaltsverhandlung für den Doppelhaushalt 2023/24 und die Mittelfristplanung bis 2027.

Mit bestem Dank und freundlichen Grüßen

Dana Frohwieser

Vorsitzende SPD-Fraktion